



Landschaftsverband Westfalen-Lippe  Koordinationsstelle Sucht  
Warendorfer Str. 27  48133 Münster  
<http://www.lwl-ks.de>  [kswl@lwl.org](mailto:kswl@lwl.org)

## KS-Newsletter

# November 2006

### 4. Jahrgang / 6-2006

---

## Inhalt

- Nachrichten aus der LWL-Koordinationsstelle Sucht** **1**
- Erfahrung über vier Praxisprojekte ausgetauscht | „JaN“ läuft bereits seit einem Jahr | Kurs Nachsorge für suchtkranke ehemalige Straftäter ab April | Einstieg in neuen Weiterbildungskurs bis April möglich | FreD-Nacherhebung ist jetzt im Gang | Nach QM-Ausbildung: zehn Absolvierende erhalten Zertifikate | Fachtagung und Netzwerkkonferenz von euro net in Finnland | Twinning-Projekt endet mit Konferenz in Bratislava
- Nachrichten aus Westfalen-Lippe** **6**
- „In Echtzeit“ Bochum plant neues Peer-Projekt | Hagener Klinik will Suchtkranke zur Mobilität motivieren | Arbeitskreis der Stadt Münster organisiert Sucht-Fortbildung | 50 Ehemalige kamen zurück zur Diakonie-Fachstelle
- Sucht- und drogenpolitische Nachrichten aus NRW, Bund, Ausland** **8**
- Koalition beschließt: Heroinstudie wird nicht fortgeführt | Niedersächsische Substitutionsärzte werden überprüft | Suchtwoche 2007 zum Thema Alkohol | EU lehnt europaweite Regelungen gegen Alkohol ab | Gesundheitsprojekte bewerben sich um Präventionspreis | Hamburg beobachtet mehr Alkoholkonsum bei Jugendlichen | 1,9 Millionen Deutsche sind medikamentenabhängig | Charité bietet ambulante Alkohol-Therapie an | „Suchthilfe direkt“ startet neue Projekte in Essen | Kiel hat Hilfeleitfaden, aber noch nichts umgesetzt | Landesstelle erwartet Zunahme des Alkoholkonsums
- Weitere relevante Nachrichten** **15**
- 65 Prozent der jungen Raucher würden gern leicht aufhören | Frankreich treibt Raucher auf die Straße | Erste Klinik für alkoholranke Jugendliche in den Niederlanden
- Ankündigungen und Publikationen** **17**
- Tagung in Osnabrück beleuchtet Ursachen von Essstörungen | Ansätze zur Arbeit mit Kindern aus alkoholbelasteten Familien | Anregungen für interkulturelle Öffnung der Suchthilfe | Alle Leitlinien in einem Buch | Internetseite sammelt Medienberichte zur Rauchen-Diskussion | Präventions-Leitfaden für Lehrlings-Ausbilder | Impressum

Die in diesem Newsletter enthaltenen Internet-Links können angeklickt werden.  
Es öffnet sich dann der Internet-Browser und zeigt die entsprechende Seite an.  
Dazu muss eine Verbindung mit dem Internet bestehen.

## Erfahrung über vier Praxisprojekte ausgetauscht

**Münster** ▪ Der offene Erfahrungsaustausch zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern stand im Mittelpunkt der vierten Sitzung des Arbeitskreises „Sucht und Migration“ am 24. Oktober. Vier Praxisprojekte wurden bei der Zusammenkunft vorgestellt und diskutiert. Heide Neumann von der Drogenhilfe des AWO-Kreisverbandes Mülheim stellte das Projekt „Ambulante Rehabilitation für drogenabhängige Menschen schwerpunktmäßig mit Migrationshintergrund“ vor. „Interkulturelle Öffnung der Suchtberatung“ ist der Titel des Bundesmodellprojektes, das Stefan Lehmann von der AWO-Suchtberatung Monheim präsentierte. Über eine kleinere und recht erfolgreiche Maßnahme der Beratungsstelle für Alkohol- und Drogenabhängige im Caritasverband für den Kreis Coesfeld berichtete Wolfgang Schmitz. Dabei geht es um die längerfristige Nachsorge bei Aussiedlerinnen und Aussiedlern, die eine Rehabilitationsbehandlung abgeschlossen haben. Ludmilla Dickmann schließlich, die Projektkoordinatorin des Projektes „SeM“ bei der LWL-Koordinationsstelle Sucht, gab einen Einblick in ihre Erfahrungen bei der Durchführung von Homepartys mit Eltern und Angehörigen von spätausgesiedelten Jugendlichen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des von der LWL-Koordinationsstelle Sucht initiierten Arbeitskreises waren zufrieden mit der Möglichkeit, die Erfahrungen mit Praxisprojekten zu diskutieren. Auch zukünftig seien Berichte über weitere Projekte willkommen, wurde vereinbart. Darüber hinaus wurden Themen vorgeschlagen, die in zukünftigen Arbeitskreis-Treffen diskutiert werden könnten: „Unterschiede zwischen Angeboten der Suchtbehandlung in Russland und Deutschland“ und Informationen zur Fortbildung „MOVE – Motivierende Kurzintervention bei konsumierenden Jugendlichen“.

Die nächste Zusammenkunft des Arbeitskreises „Sucht und Migration“ ist für das nächste Frühjahr vorgesehen. Als Thema ist geplant: „Die Rolle der Gewalt im Sozialisationsprozess“. Ein genauer Termin wird noch bekannt gegeben.

▼ Ausführlichere Beschreibungen der o.g. Projekte finden Sie auf Homepage der LWL-Koordinationsstelle Sucht unter <http://www.lwl.org/LWL/Jugend/KS/Vernetzung/Arbeitskreise/#akmigration>

▼ Informationen zum Arbeitskreis „Sucht und Migration“ bei Doris Sarrazin, Tel.: 0251 591-5481  
[doris.sarrazin@lwl.org](mailto:doris.sarrazin@lwl.org)

▼ Ansprechpartnerin bei der LWL-Koordinationsstelle Sucht auch für den Arbeitskreis, aber auch für das Projekt „SeM“ ist Ludmilla Dickmann, Tel. 0251 591-5384, Fax: 0251 591-5484  
[ludmilla.dickmann@lwl.org](mailto:ludmilla.dickmann@lwl.org)

## „JaN“ läuft bereits seit einem Jahr

**Münster/Marl/Tecklenburg/Hamm** ▪ Das Ziel des Projektes „JaN“ ist klar: Jugendhilfeeinrichtungen sollen komplett rauchfrei werden. Ein Anlass für das Projekt mit dem kompletten Namen „Jugendhilfeeinrichtungen auf dem Weg zum Nichtraucher“ ist gegeben: 53 % der Kinder und Jugendlichen in den drei Jugendhilfeeinrichtungen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe rauchen nach eigenen Angaben oft oder gelegentlich. Die Hälfte von ihnen möchte aber aufhören. „JaN“ läuft jetzt seit Ende vorigen Jahres in Zusammenarbeit mit dem Westfälischen Jugendheim Tecklenburg, dem Westfälischen Jugendhilfezentrum Marl und dem Westfälischen Heilpädagogischen Kinderheim Hamm.

Gearbeitet wird in dem Projekt mit Aufklärung und konkreten Hilfen für die Kinder und Jugendlichen. „Das Projekt richtet sich aber auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, erklärt Projektleiter Hartmuth Elsner von der LWL-Koordinationsstelle Sucht, „Ob Kinder und Jugendliche mit dem Rauchen anfangen, hängt wesentlich davon ab, ob in ihrer Umgebung viel geraucht wird. Rauchende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Einrichtungen, zu denen sie ja ein enges, manchmal elterliches Verhältnis aufbauen, können deswegen ein negatives Vorbild abgeben.“ Dieser Ansatz mache „JaN“ bundesweit einzigartig.

In den vergangenen Monaten stand zunächst die Informationsarbeit auf dem Programm. Nach einem Workshop mit den Beschäftigten klärten die Initiatoren in individuellen Beratungen, Vorträgen und mit umfassenden Materialien sowie Theaterstücken über die Gefahren des Rauchens und Passivrauchens auf. Alle drei teilnehmenden Häuser bieten für ausstiegswillige Interessierte Entwöhnungsprogramme an. Zudem ist geplant, neue Verhaltensregeln für die Wohngruppen zu erarbeiten. Hartmuth Elsner: „Dafür müssen sich Kinder, Jugendliche und Beschäftigte zusammensetzen, gemeinsam Regeln aufstellen und sie vor allem auch gemeinsam einhalten.“

◀ **Hartmuth Elsner informiert Sie gern ausführlicher über das Projekt „JaN“ unter der Telefonnummer 0251 591-3268.**  
[hartmuth.elsner@lwl.org](mailto:hartmuth.elsner@lwl.org)

## Kurs Nachsorge für suchtkranke ehemalige Straftäter ab April

**Münster** ▪ Ende April 2007 startet der Zertifikatskurs „Komplementäre Nachsorge für suchtkranke ehemalige Straftäter aus dem Maßregelvollzug nach §64 StGB“. Der 18-monatige berufsbegleitende Zertifikatskurs bietet Fachkräften das notwendige Rüstzeug zur ergänzenden Nachsorge für suchtkranke forensische Patienten. Der Weiterbildung geht ein zweitägiges Proseminar voraus. Bei drei bereits ausgerichteten Seminaren in Marsberg, Haldem und Bedburg-Hau wurden mehr als 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erreicht.

◀ **Wer bis jetzt nicht die Möglichkeit hatte, an einem der Proseminare teilzunehmen, wendet sich an Alexandra Vogelsang, Tel.: 0251 591-3838, Fax: 0251 591-5484. Sie erteilt auch weitergehende Informationen zu Konzeption und Anmeldeverfahren für die Zusatzqualifikation.**  
[alexandra.vogelsang@lwl.org](mailto:alexandra.vogelsang@lwl.org)

## Einstieg in neuen Weiterbildungskurs bis April möglich

**Münster** ▪ Im November ist eine Weiterbildung „Zusatzqualifikation Sozial-/Suchttherapie /LWL) – verhaltenstherapeutisch orientiert“ der LWL-Koordinationsstelle Sucht gestartet. Bis Mitte April ist ein kurzfristiger Einstieg noch möglich. Im Rahmen der Weiterbildung werden Kenntnisse über die einzel- und gruppentherapeutische Arbeit im Rahmen der medizinischen Rehabilitation Suchtkranker vermittelt. Inhaltliche Hauptelemente sind verhaltenstherapeutische Theorie- und Methodenvermittlung, themenbezogene Selbsterfahrung und Supervision.

➤ **Weitere Fragen zu der Weiterbildung beantwortet Alexandra Vogelsang, Tel.: 0251 591-3838, Fax: 0251 591-5484**  
alexandra.vogelsang@lwl.org

➤ **Die LWL-Koordinationsstelle Sucht hat alle ihre Weiterbildungsangebote auf einer Internetseite zusammengefasst. Von dort aus gibt es auch die Möglichkeit, Detailinformationen zu der genannten Weiterbildung zu erhalten.**  
<http://www.lwl.org/LWL/Jugend/KS/Bildungsangebote/Weiterbildungen/>

## FreD-Nacherhebung ist jetzt im Gang

**Köln/Münster** ▪ Am 1. Oktober ist die Nacherhebung zum Bundesmodellprojekt „FreD“ gestartet. Sie wird durchgeführt von der Kölner Gesellschaft für Forschung und Beratung im Gesundheits- und Sozialbereich mbH (FOGS). Ziel der vom Bundesgesundheitsministerium geförderten Nacherhebung ist es, die Verbreitung und Art der Umsetzung der Methoden aus dem von 2000 bis 2003 von der LWL-Koordinationsstelle Sucht durchgeführten Modellprojekt zu erfassen und Aussagen über Effekte des Ansatzes zur Frühintervention bei erst auffälligen Drogenkonsumenten zu ermöglichen. Inzwischen haben mehr als 100 deutsche Städte das Konzept übernommen. Die FOGS hat nun alle Einrichtungen angeschrieben, die bei der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen als ambulante Einrichtungen geführt werden. Sie werden mit einem beigefügten Fragebogen danach befragt, ob sie FreD als Methode anbieten oder vergleichbare oder ähnliche Angebote entwickelt haben. Angeboten wird den teilnehmenden Einrichtungen auch eine katamnestische Nachbefragung der Teilnehmenden am gegebenenfalls durchgeführten Frühinterventionsprojekt.

➤ **Beachten Sie zu diesem Thema auch den folgenden Artikel aus dem KS-Newsletter 5-2006:**  
FreD-Nacherhebung startet im Oktober

➤ **Rückfragen zur FreD-Nacherhebung beantworten Wilfried Görgen, Tel.: 0221 97310126, und Rüdiger Hartmann, Tel.: 0221 97310125, von der FOGS.**  
goergen@fogs-gmbh.de  
hartmann@fogs-gmbh.de

## Nach QM-Ausbildung: zehn Absolvierende erhalten Zertifikate

**Münster** ▪ In diesen Tagen erhalten zehn Absolventinnen und Absolventen der einjährigen Qualitätskoordinatorenausbildung der LWL-Koordinationsstelle Sucht (KS) ihre Abschlusszertifikate. Sie haben an allen sechs Modulen des Qualifizierungsangebotes teilgenommen. Die Module konnten auch einzeln belegt werden. Acht Suchtberatungsstellen wurden während der Maßnahme bei der Durchführung einer Selbstbewertung begleitet.

Das Angebot der KS unterstützt Suchtberatungsstellen bei der Einführung eines Qualitätsmanagement-Systems (QM), das seit dem 1. Januar vorigen Jahres verbindlich ist. Auch nach dem Abschluss der Ausbildungsmaßnahme wird die KS den Qualitätsentwicklungsprozess in den Beratungsstellen begleiten und die bestehenden Qualitätszirkel unterstützen. Für das nächste Jahr ist außerdem ein QM-Fachtag geplant.

Neben dem bewährten Modell der European Foundation for Quality Management (EFQM) war auch die Vorbereitung auf eine Zertifizierung nach DIN ISO Teil des Ausbildungsangebotes. Dazu wurde mit der Deutschen Gesellschaft für Qualitätsmanagement in der Suchttherapie (deQus) kooperiert. Fünf Einrichtungen haben während der Ausbildung ein QM-Handbuch entwickelt, mindestens eine möchte sich im Frühjahr des nächsten Jahres extern zertifizieren lassen.

☛ Für Fragen zu QM wenden Sie sich bei der  
LWL-Koordinationsstelle Sucht bitte an Doris Sarrazin,  
Tel.: 0251 591-5481  
[doris.sarrazin@lwl.org](mailto:doris.sarrazin@lwl.org)

## Fachtagung und Netzwerkkonferenz von *euro net* in Finnland

**Helsinki** ▪ Zehn Jahre alt wird das Europäische Netzwerk für praxisorientierte Suchtprävention *euro net* in diesem Jahr und richtet eine weitere Netzwerkkonferenz mit einer vorhergehenden internationalen Fachtagung aus. Die Fachtagung wird am 4. Dezember im finnischen Helsinki von der *euro net*-Mitgliedsorganisation „The Mannerheim League for Child Welfare“ durchgeführt. Die *euro net*-Netzwerkkonferenz folgt einen Tag später.

Vor allem Referate der finnischen Gastgeber über praktische Präventionskonzepte aus Finnland werden die Fachtagung bestimmen. Dabei geht es in zwei Vorträgen um den virtuellen Drogeninformationsbus „Hubu“ und um das Suchtpotenzial des Internets. Außerdem wird ein gemeinschaftsorientierter Präventionsansatz für Familien und junge Menschen vorgestellt. Zu Beginn der Tagung wird Dr. Walter Kern-Scheffeldt aus der Schweiz über Resultate einer Nacherhebung zu Peer-Projekten im schulischen und familiären Umfeld berichten.

☛ Informationen zur Arbeit des Netzwerkes *euro net* erhalten  
Sie auf der Internetseite  
<http://www.euronetprev.org/>

## Twining-Projekt endet mit Konferenz in Bratislava

**Bratislava** ▪ Die Abschlusskonferenz des 18-monatigen Twining-Projektes findet am 12. und 13. Dezember in Bratislava statt. Thema der Tagung ist die Auswertung der durch die verschiedenen Partner geleisteten Arbeit. Die LWL-Koordinationsstelle Sucht hatte sich daran als Verwaltungspartner des Büros des Slowakischen Drogenbeauftragten beteiligt.

Twining-Projekte sind Verwaltungspartnerschaftsprojekte zur Unterstützung der neuen EU-Mitgliedsstaaten bei der Eingliederung in die Europäische Union. Das Anliegen der Slowakei ist es gewesen, Hilfestellung bei der Umsetzung des Nationalen Drogenaktionsplanes 2004 bis 2008 zu erhalten. Tschechien nahm als Juniopartner an dem Projekt teil.

Das Projekt bestand aus drei Hauptteilen: Grundlegend war die Unterstützung beim Aufbau der Kooperation zwischen nationaler und regionaler und lokaler Verwaltung, zwischen staatlicher und kommunaler Administration und zwischen den gerade im Aufbau befindlichen Nichtregierungsorganisationen. Außerdem wurden in verschiedenen Trainings und Workshops die Beschäftigten in den Suchthilfeeinrichtungen und in der Prävention geschult. Der dritte Bereich umfasste Maßnahmen und Angebote der Polizei und Justiz. An dem Projekt nahmen etwa 45 Experten teil, die aus allen relevanten Bereichen des deutschen Systems kamen.

➤ **Ansprechpartnerin für das Twining-Projekt bei der LWL-Koordinationsstelle Sucht ist Doris Sarrazin, Tel.: 0251 591-5481**  
[doris.sarrazin@lwl.org](mailto:doris.sarrazin@lwl.org)

## „In Echtzeit“ Bochum plant neues Peer-Projekt

**Bochum** ▪ Die Beratungsstelle „In Echtzeit“ in Bochum plant ein neues Peer-Projekt. Geplant ist, Methoden aus dem Projekt „euro peers“ wieder aufzugreifen und sich an Schulen und Jugendzentren zu wenden, um dort suchtpreventive Peer-Projekte zu initiieren. In den Einrichtungen sollen dann Betreuer oder Pädagogen Jugendliche suchen, die als Rollenvorbilder für ihre Altersgenossen wirken und diese ermutigen können, auch einmal „gegen den Strom zu schwimmen“ und der Versuchung des Suchtmittelmissbrauchs zu widerstehen. „In Echtzeit“ hat 1996 und 1997 selbst an dem Projekt „euro peers“ mitgewirkt. Um das Peer-Konzept ging es Ende Oktober auch auf einer Tagung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe. Prof. Dr. Wolfgang Heckmann von der Fachhochschule Magdeburg hatte dort über ein Peer-Projekt an Fahrschulen berichtet, mit dem es gelungen sei, die Zahl der so genannten „Disco-Unfälle“ messbar zu reduzieren.

➤ Auf den Internetseiten der LWL-KS finden Sie alle Beiträge, die auf der Fachtagung „von gleich zu gleich“ gehalten wurden:  
[http://www.lwl.org/LWL/Jugend/KS/Bildungsangebote/Veranstaltungen\\_2006/index\\_html#Fachtagungen](http://www.lwl.org/LWL/Jugend/KS/Bildungsangebote/Veranstaltungen_2006/index_html#Fachtagungen)

➤ Sie finden zahlreiche Informationen zu den Projekten „euro peers“, „euro youth“ und „euro parents“ auf den Internetseiten des Europäischen Netzwerkes für praxisorientierte Suchtprävention:  
<http://www.euronetprev.org/>

Quelle: WAZ Bochum, 28. Oktober 2006

## Hagener Klinik will Suchtkranke zur Mobilität motivieren

**Hagen** ▪ „MoMo“ ist eine Abkürzung und steht für „Motivation zur Mobilität bei Rehabilitanden der Arbeitstherapie in stationären Einrichtungen der Drogen- und Suchttherapie“. Die Fachklinik Deerth in Hagen führt dieses Projekt im Rahmen des Grundtvig2-Programms der Europäischen Union für allgemeine Bildung durch.

Ziel des Projektes ist es, das allfällige Schlagwort, dass mehr Mobilitätsbereitschaft ein Mittel sei, in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit zu einem Job zu kommen, auf den Bereich der Arbeitstherapie für Suchtkranke zu übertragen und Motivationsstrategien zu entwickeln, um die Mobilitäts- und Lernbereitschaft der durch die Suchtkrankheit beeinträchtigten Menschen zu erhöhen. Dazu sucht das Projekt „MoMo“ den Erfahrungsaustausch mit anderen Drogenhilfeeinrichtungen in der Tschechischen Republik, Polen und Österreich. Das Projekt soll zunächst den Fachkräfteaustausch fördern, woraus dann konkrete Konzepte entwickelt werden sollen.

➤ Eine Beschreibung des Projektes zum Herunterladen finden Sie auf der Internetseite des Projektes „MoMo“:  
<http://www.momo-eu.de/>

## Arbeitskreis der Stadt Münster organisiert Sucht-Fortbildung

**Münster** ▪ Der Arbeitskreis Suchtvorbeugung der Stadt Münster für Fachkräfte aus Schule und Jugendhilfe hat eine Fortbildungsreihe zum Thema „Rauschmittel und Suchtformen“ gestartet. Ein Jahr lang sollen alle vier bis sechs Wochen jeweils zweistündige Veranstaltungen zum Thema ausgerichtet werden. Die bislang letzte Zusammenkunft im Rahmen der Fortbildung war am 22. November und befasste sich mit dem Suchtpotenzial von Online-Spielen. Die Veranstaltungen stehen neben den Fachkräften auch allen anderen Interessierten offen.

Weitere Themen, die demnächst behandelt werden sollen, sind Spiel- und Internetsucht, Schnüffelstoffe, Partydrogen und psychoaktive Pflanzen. Bei der nächsten Veranstaltung am 30. Januar ab 15:30 Uhr in den Räumen der Drogenhilfe in Münster, Schorlemerstraße 8, geht es um Schnüffelstoffe. Die Teilnahme ist kostenfrei.

**Beachten Sie auch diesen Artikel in dieser Ausgabe des KS-Newsletters:**

Tagung in Osnabrück beleuchtet Ursachen von Essstörungen

➤ **Weitere Informationen gibt die Fachstelle für Suchtvorbeugung der städtischen Drogenhilfe, Tel.: 0251 492-5185.**

➤ **Das ausführliche Programm gibt es auf den Internetseiten der Stadt Münster**

<http://www.muenster.de/stadt/drogenhilfe>

**Quelle:** Pressemitteilung der Stadt Münster, 5. Oktober 2006,  
<http://www.presse-service.de/static/64/647035.html>

## 50 Ehemalige kamen zurück zur Diakonie-Fachstelle

**Dortmund** ▪ 50 ehemalige Klientinnen und Klienten der Diakonie-Fachstelle Sucht in Dortmund trafen sich am 20. Oktober zu einem Ehemaligen-Treffen. Von 200 angeschriebenen Ex-Patienten hatten immerhin ein Viertel die Möglichkeit genutzt, ehemalige Mit-Patienten und die Mitarbeiter der Fachstelle wiederzusehen und Erfahrungen auszutauschen. Die älteste Besucherin war 78 Jahre alt und lebt seit mittlerweile zwölf Jahren abstinent.

Das Ehemaligen-Treffen ist Teil der Nachbetreuungs-Strategie der Diakonie-Fachstelle. Vier Selbsthilfegruppen treffen sich regelmäßig, die aus Therapiegruppen heraus entstanden sind. Die Gruppen werden auf Wunsch durch die Dortmunder Fachleute unterstützt. Alle 14 Tage wird ein Frauenfrühstück angeboten. Auch eine Stabilisierungsgruppe für Menschen, die eine Therapie absolviert haben, wird durch die Fachstelle angeboten. Sie wird geleitet von Rüdiger Lülff und existiert seit einem halben Jahr. Die Gruppe ist für neue Teilnehmer noch offen.

➤ **Informationen zur Diakonie-Fachstelle Sucht erhalten Sie bei Christel Botterbusch, Bornstraße 61, 44145 Dortmund, Tel.: 0231 8494461**

[suchtberatung@vkk-do.de](mailto:suchtberatung@vkk-do.de)

## **Koalition beschließt: Heroinstudie wird nicht fortgeführt**

**Berlin** ▪ Der bundesweite Heroinabgabe-Modellversuch wird nicht ausgeweitet. Darauf hat sich die Regierungs-Koalition des Bundestages am 21. November verständigt. In einer Sitzung der Fraktionsspitzen verweigerten die Vertreterinnen und Vertreter der CDU die Zustimmung zur Einführung einer regulären Versorgung von Schwestabhängigen mit Diamorphin. Die Behandlung von Schwerstabhängigen mit Heroin anstatt mit anderen Ersatzstoffen wird dem Beschluss zufolge nur noch für diejenigen Patienten zu Ende geführt, die an einem der insgesamt sieben regionalen Projekte des Heroinversuches teilnehmen. Blicke es bei dem Beschluss und trifft der Bundesrat nicht noch eine andere Entscheidung, bedeutet dies das Aus für die so genannte „Heroinstudie“. Eine Regelversorgung von Schwerstabhängigen mit Heroin würde es dann nicht geben.

Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing, hatte sich bereits seit einiger Zeit für eine Fortführung des Projektes ausgesprochen und kritisierte nun den Koalitions-Beschluss. Sie hatte Vorbehalten aus der CDU wegen der höheren Kosten der Heroinbehandlung im Vergleich zur Methadon-Gabe deren besseren Effekte entgegengehalten. Mit der jetzigen Entscheidungsgrundlage werde 1 500 schwer Suchtkranken das einzig wirksame Medikament verweigert, stellte die Drogenbeauftragte am 27. November in einer Pressemitteilung fest. Auch ihre Vorgängerin als Drogenbeauftragte, Marion Caspers-Merk, zeigte kein Verständnis für die Neuigkeiten der Regierungs-Koalition. Ihnen drohe wieder die Verelendung. Zudem sei es auch wirtschaftlich nicht sinnvoll, fortan nur noch die bereits am Heroinversuch Teilnehmenden weiter zu behandeln. Die Kosten pro Behandlung stiegen umso mehr, je weniger Menschen daran teilnahmen. Derzeit seien es noch 350.

Bätzings Hoffnungen liegen nun in einer Bundesrats-Initiative, um doch noch eine reguläre Versorgung der Schwerstabhängigen mit Diamorphin zu erreichen. Da der bisherige Modellversuch noch bis zum 30. Juni nächsten Jahres laufen soll, gebe es noch ausreichend Zeit für eine Verständigung.

Für die CDU begründete deren stellvertretender gesundheitspolitischer Sprecher Jens Spahn die Haltung seiner Fraktion damit, dass der Anschein vermieden werden solle, mit einer regulären Diamorphin-Versorgung werde der Einstieg in die Legalisierung des Heroin-Konsums vorbereitet.

Die teilnehmenden Bundesländer – auch die CDU-regierten – haben sich für die Einführung einer Regulärversorgung mit Diamorphin ausgesprochen. Dies geschah als Resultat der viel versprechenden Ergebnisse der Heroinstudie. So bedauerte auch der Sprecher der Hamburger Gesundheitsbehörde, Hartmut Stienen, die Koalitionsentscheidung. In der Hansestadt nehmen demnach derzeit noch 75 Menschen an dem Versuch teil, der außerdem an den Standorten Bonn, Karlsruhe, Hannover, Frankfurt am Main, Köln und München durchgeführt wird. Hamburgs Gesundheitssenatorin Birgit Schnieber-Jastram äußerte die Hoffnung, dass es noch zu einer Revision der Entscheidung kommen könne.

Christian Haasen, Leiter der Studie, erklärte, dass die Ergebnisse des Versuchs den wissenschaftlichen Beleg dafür erbracht hätten, dass die Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige unter ärztlicher Aufsicht sinnvoll sei. Im Vergleich zur Methadonbehandlung sei die gesundheitliche und soziale Situation der Studienteilnehmer deutlich besser. Sie lösen sich zudem leichter aus der Drogenszene und gleiten seltener in Beschaffungskriminalität ab.

Noch Anfang November hatte die Stadt Hamburg die Weiterfinanzierung des Projektes zugesagt, um bis zu einer endgültigen Bundesregelung keine Finanzierungslücke entstehen zu lassen. In den vier Jahren, die das Projekt bislang gelaufen ist, hat Hamburg 12,2 Millionen Euro dafür ausgegeben.

In Hannover, einem weiteren Standort der Studie, hatten die Verantwortlichen hingegen bereits im Vorfeld der Regierungsentscheidung mit der Erarbeitung von Ausstiegsszenarien für die derzeit noch 35 Teilnehmenden begonnen. Die Stadt Hannover hat für das Jahr 2007 noch einmal 200 000 Euro für das Projekt bereitgestellt. Mit dem Geld sollte ursprünglich eine Zwischenfinanzierung erfolgen, bis der Bund weitere Regelungen getroffen hatte. Oder es soll für die Abwicklung des Projektes verwendet werden.

Die Bundestagsfraktion der Partei „Die Linke/PDS“ kritisierte den Beschluss am 22. November scharf. Die Ergebnisse der Heroinstudie seien durchaus gut gewesen. Einem großen Teil der Abhängigen sei es bereits nach einem Jahr deutlich besser gegangen. Kritisiert wird von der Fraktion vor allem die SPD, die sich noch im November für eine reguläre Behandlung von schwerst Suchtkranken mit Heroin ausgesprochen hatte. Auch in einigen CDU-regierten Ländern seien die Ergebnisse der Heroinstudie positiv verlaufen, so dass die Projekte dort weitergeführt werden sollen.

Details zur Heroinstudie finden sich auf der eigens eingerichteten Internetseite. Dort können Sie sich auch verschiedene Berichte zum Abschluss der zweiten Projektphase herunterladen, die erst am 9. Oktober ins Netz gestellt worden sind und auf die Erfolge des Modellversuchs verweisen.  
<http://www.heroinstudie.de>

**Quellen:** Pressemitteilung des Bundesministeriums für Gesundheit, 27. November 2006, [http://www.bmg.bund.de/cln\\_040/nn\\_604814/DE/Presse/Pressemitteilungen/Presse-Drogenbeauftragte/pm-27-11-06,param=.html](http://www.bmg.bund.de/cln_040/nn_604814/DE/Presse/Pressemitteilungen/Presse-Drogenbeauftragte/pm-27-11-06,param=.html)  
**Die Welt**, 25. November 2006, <http://www.abendblatt.de/daten/2006/11/25/644165.html>  
**Die Welt**, 24. November 2006, <http://www.welt.de/data/2006/11/24/1121984.html>  
**Pressemitteilung Bundestagsfraktion Die Linke**, 22. November 2006, <http://linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1295141753>  
**taz**, 20. November 2006, <http://www.taz.de/pt/2006/11/20/a0039.1/text>  
**Der Tagesspiegel**, 13. November 2006, <http://www.tagesspiegel.de/politik/archiv/13.11.2006/2895035.asp>  
**Ärztzeitung**, 20. Oktober 2006, [http://www.aerztezeitung.de/docs/2006/10/06/178a0501.asp?cat=/politik/gesundheitssystem\\_uns](http://www.aerztezeitung.de/docs/2006/10/06/178a0501.asp?cat=/politik/gesundheitssystem_uns)

## Niedersächsische Substitutionsärzte werden überprüft

**Hannover** ▪ Nach wie vor bewegen sich Ärzte, die drogenabhängige Patienten, die sich im Methadon-Substitutionsprogramm befinden, in einer rechtlichen Grauzone. In Niedersachsen hat die Kassenärztliche Vereinigung (KV) eine Überprüfung der 349 Ärztinnen und Ärzte eingeleitet, die Methadon verabreichen. Etwa 20 Prozent der durch die KV angeschriebenen Ärzte haben aber nicht auf die Anfrage reagiert.

Hintergrund ist, dass gegen vier Mediziner aus dem Bundesland wegen Abrechnungsbetruges ermittelt wird. Sie sollen die tägliche Verabreichung von Methadon abgerechnet haben, den Patienten allerdings mehrere Tagesrationen mit nach Hause gegeben haben. Eine weitere Ärztin in Niedersachsen wurde im Juli zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, weil sie mehr Polamidon als benötigt

bestellt hatte und den „Überschuss“ dann an ihre Patienten verkauft haben soll. Der Dachverband der substituierenden Ärzte Deutschlands hat die Überprüfungsaktion der niedersächsischen KV kritisiert. Diese würde das Dasein der substituierenden Ärzte unnötig belasten.

In ganz Deutschland nehmen derzeit etwa 65 000 Abhängige an Substitutionsprogrammen teil. Angesichts der hohen Zahl der Patienten fehle es aber an qualifizierten Ärzten, lautet die Kritik an der Entwicklung. Vielfach seien Hausärzte, die die Substitution übernommen haben, mit der Materie überfordert. Sie kontrollierten die Patienten nicht ausreichend. In Einzelfällen sei der Ersatzstoff auch an Minderjährige abgegeben worden. Dieses Jahr machten bereits mehrere Fälle in Süddeutschland Schlagzeilen, bei denen Süchtige an Überdosen Methadon gestorben sein sollen.

Gerade qualifizierte Mediziner mit gut gehenden Praxen beteiligen sich nicht an den Substitutionsprogrammen. Als Grund wird unter anderem genannt, dass der Dokumentationsaufwand für jeden einzelnen Patienten sehr hoch sei. Außerdem scheinen einige Ärzte Angst zu haben, dass Süchtige, die in den Wartezimmern auf ihren Ersatzstoff warten, die Stammklientel vergraulen könnten.

Die Ärztekammer Westfalen-Lippe hat als Ergebnis ihres von 2000 bis 2005 durchgeführten Projektes „Qualitätssicherung in der Ambulanten Substitutionstherapie Opiatabhängiger“ (ASTO) ein Handbuch zum Aufbau eines Qualitätsmanagements in diesem Bereich herausgegeben, das sich an Ärzte richtet. Es kostet 30 Euro und kann bei der Ärztekammer bezogen werden: Ärztekammer Westfalen-Lippe, Beratungskommission Sucht und Drogen, Gartenstraße 210-214, 48147 Münster, Tel.: 0251 929-2641, Fax: 0251 929-2649  
bksucht@aekwl.de

Quellen: Medical Tribune, Nr. 40/Jg. 41, S. 18  
Der Spiegel, Nr. 41/2006, S. 62 u. 66  
Ärztezeitung, 10. Oktober 2006,  
<http://www.aerztezeitung.de/docs/2006/10/10/180a1301.asp?cat=/geldundrecht/recht>

## Suchtwoche 2007 zum Thema Alkohol

**Berlin** ▪ „Alkohol – Verantwortung setzt die Grenze“ ist das Thema der Suchtwoche 2007, die vom 14. bis 18. Juni nächsten Jahres von verschiedenen sozialen Organisationen ausgerichtet wird. Schirmherrin ist die Bundes-Drogenbeauftragte Sabine Bätzing. Medialer Partner ist das ZDF, das einige Themen und Veranstaltung der Suchtwoche begleiten wird.

Geplant sind bisher folgende Veranstaltungs- und Themenbereiche: Für Freitag und Samstag, 15. und 16. Juni, soll die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die verschiedenen Selbsthilfemöglichkeiten gelenkt werden. Für den Suchtweeken-Freitag ist des weiteren die Ausrichtung eines „Schülerparlamentes“ vorgesehen. Am Sonntag, 17. Juni, wünschen sich die Initiatoren, dass die Kirchen Alkohol-Themengottesdienst anbieten. Der Montag widmet sich dem Bereich Alkohol in Hochschulen und Fachhochschulen und in Betrieben und Verwaltungen. Für alle Themen sollen Manuale und Hilfestellungen oder Beratungen angeboten werden, damit Initiativen sich auch lokal und regional beteiligen können.

Aktuelles zu den Planungen der Suchtwoche erfahren Sie auf der Internetseite  
<http://www.suchtwoche.de/>

## EU lehnt europaweite Regelungen gegen Alkohol ab

**Brüssel** ▪ Ein Verkaufsverbot für Alkohol an unter 18-Jährige, eine Null-Promille-Grenze für Fahranfänger, weniger Werbung für Alkohol in den Medien, aber keine Warnhinweise auf den Flaschen – das sind die Empfehlungen aus dem Hause des EU-Gesundheitskommissars Markos Kyprianou zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs. Die EU-Kommission empfiehlt damit den Mitgliedsstaaten Maßnahmen, lehnt eine EU-weite Regelung aber ab. Bezogen auf die zuletzt diskutierte Warnhinweise schlägt das Strategiepapier aus Brüssel vor, zunächst den Nutzen einer solchen Maßnahme zu prüfen.

Im Vorfeld der Vorlage des Berichtes hatte es eine große öffentliche Diskussion um die angeblich geplanten Warnhinweise gegeben. In Deutschland hatte vor allem Bayern Widerstand dagegen angekündigt. Auch gegen das jetzt vorliegende Konzept gibt es Widerstände. Der Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft kritisierte die vorgeschlagenen Regelungen als Einschränkung der Vermarktung von alkoholhaltigen Getränken. Andere Kommentare sprachen hingegen davon, dass sich mit den wenig konkreten EU-Empfehlungen die Alkohollobby durchgesetzt habe.

🚩 **Über die deutschen Reaktionen auf die damals noch nicht vollständig bekannten EU-Empfehlungen zur Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs berichtete der KS-Newsletter in Ausgabe 4/2006:**

Alkohol-Warnhinweise ernten Widerstand aus Bayern

**Quelle:** tagesschau.de, 24. Oktober 2006,  
[http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID6031986\\_TYP1\\_NAV\\_REF1,00.html](http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID6031986_TYP1_NAV_REF1,00.html)  
tagesschau.de, 25. Oktober 2006,  
[http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID6032318\\_TYP\\_THE\\_NAV\\_REF3,00.html](http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID6032318_TYP_THE_NAV_REF3,00.html)

## Gesundheitsprojekte bewerben sich um Präventionspreis

**Gütersloh** ▪ „Prävention stärken – lokal und regional“ ist das Motto des Deutschen Präventionspreises 2007. Kommunale und regionale Programme, die sich der Förderung eines gesunden Lebensstiles widmen, können an dem bereits zum vierten Mal ausgetragenen Wettbewerb teilnehmen, der mit insgesamt 50 000 Euro dotiert ist. Ausrichter sind das Bundesministerium für Gesundheit, die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und die Bertelsmann-Stiftung. Zu den Teilnahmebedingungen gehört, dass sich unter den Trägern der Programme mindestens eine Gebietskörperschaft befinden muss und dass sich die teilnehmenden Projekte seit mindestens einem Jahr bereits in der praktischen Umsetzung befinden und frühestens am 31. Dezember 2008 enden.

🚩 **Bewerbungen für den Deutschen Präventionspreis 2007 müssen bis zum 21. Dezember dieses Jahres online auf der Wettbewerbs-Internetseite eingereicht werden. Dort gibt es auch ein PDF-Formular mit den exakten Teilnahmebedingungen.**

<http://www.deutscher-praeventionspreis.de/>

🚩 **Weitere Auskünfte erteilt Mirjam Stiele, Tel.: 05222 930083, mobil: 0171 7615138**

## Hamburg beobachtet mehr Alkoholkonsum bei Jugendlichen

**Hamburg** ▪ 7 200 junge Menschen zwischen 14 und 18 Jahren in Hamburg trinken regelmäßig und oft allein Alkohol. Die Dunkelziffer dürfte wesentlich höher liegen. Gerade der Anteil junger Frauen an den Alkohol konsumierenden Jugendlichen sei stark angestiegen. Das berichtete Prof. Dr. Rainer Thomasius, Leiter der Drogenambulanz am Universitätsklinikum Eppendorf in einem Zeitungsartikel im Zusammenhang mit der Eröffnung des Deutschen Zentrums für Suchtfragen des Kindes- und Jugendalters (DZSKJ) in Hamburg am 30. Oktober. Der Suchtmediziner bestätigte damit Ergebnisse von EU-Untersuchungen und der Hamburger „Schulbus-Studie“, die im Sommer veröffentlicht worden ist. Demnach haben 60 Prozent der 14- bis 18-jährigen Hamburger Schülerinnen und Schüler von regelmäßigem Alkoholkonsum berichtet. Theo Baumgärtner, Geschäftsführer des Hamburger Büros für Suchtprävention, ergänzte in dem Artikel, dass dem starken Alkoholkonsum zumeist tiefer liegende persönliche Probleme zugrunde liegen. Gerade bei Alkohol trinkenden jungen Mädchen lägen auch oft Persönlichkeitsstörungen wie Minderwertigkeitskomplexe oder Depressionen vor.

Das DZSKJ ist am 2. November von der Hamburger Gesundheitsministerin Birgit Schnieber-Jastram offiziell eröffnet worden. Die Einrichtung des Eppendorfer Universitätsklinikums soll die Suchtprävention in der Hansestadt verbessern und praxisorientierte Forschung betreiben. Die Stadt Hamburg leistet eine Sockelfinanzierung, der Rest wird durch die Universitätsklinik beigetragen. Das DZSKJ ist Teil eines Konzeptes zur Prävention und Frühintervention des Suchtmittelkonsums und –missbrauchs bei Kindern und Jugendlichen, das der Hamburger Senat im Dezember 2005 beschlossen hat.

◀ Bereits in der vorigen Ausgabe 5/2006 berichtete der KS-Newsletter über das Deutsche Zentrum für Suchtfragen des Kindes und Jugendalters:  
Hamburger DZSKJ hat seine Arbeit aufgenommen

Quelle: **Die Welt, 29. Oktober 2006**, <http://www.welt.de/data/2006/10/29/1090627.html>  
**Deutsches Ärzteblatt, 30. Oktober 2006**,  
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=26217>  
**Die Welt, 3. November 2006**, <http://www.welt.de/data/2006/10/31/1092921.html>

## 1,9 Millionen Deutsche sind medikamentenabhängig

**Berlin/Hamm** ▪ 1,9 Millionen Deutsche sollen von Medikamenten abhängig sein. Das geht aus einer Studie der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) hervor. Allein eine Million Menschen seien abhängig von Schlaf- und Beruhigungsmitteln. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing, nannte Medikamentensucht ein Massenphänomen, das zahlenmäßig genauso besorgniserregend sei wie die Alkoholsucht. Frauen seien besonders betroffen. Raphael Gassmann, stellvertretender Geschäftsführer der DHS, forderte die Ärzteschaft zu verantwortungsvolleren Verschreibungen auf. Zur Sucht trügen auch intensiv beworbene „Lifestyle-Medikamente“ bei.

Quellen: **Mitteldeutsche Zeitung, 13. November 2006**,  
<http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1162937445315>  
**Zeit Online, 14. November 2006**,  
<http://www.zeit.de/online/2006/46/medikamentensucht>

## Charité bietet ambulante Alkohol-Therapie an

**Berlin** ▪ Die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Berliner Charité bietet als eine der wenigen Einrichtungen in Deutschland einen ambulanten Alkoholzug an. Zu Beginn müssen teilnehmende Patienten eine Woche zur Entwicklung stationär in der Klinik verbringen, dann wird die Maßnahme ambulant fortgeführt, so dass die Patienten in ihrem gewohnten Umfeld verbleiben können. Die Charité kooperiert dabei mit niedergelassenen Ärzten und Beratungsstellen. Nach den bisherigen Erfahrungen gehen die Initiatoren der ambulanten Therapie von einer Erfolgsquote von zirka 50 Prozent aus. Der Vorteil dieser Maßnahme sei, dass Ausstiegswillige recht schnell betreut werden können.

Zugang zu der Behandlungsmöglichkeit gibt es über eine Ambulante Alkoholsprechstunde in der Charité. Zudem sei eine ambulante Therapie billiger als ein stationärer Aufenthalt, hieß es in einem Zeitungsbericht weiter.

In Niedersachsen wird derweil von der Deutschen Rentenversicherung Bund an 19 Standorten eine „modulare Suchttherapie“ erprobt, bei der es ebenfalls um die Ausweitung des ambulanten Anteils in der Behandlung Suchtkranker geht.

▶ **Die Ambulante Alkoholsprechstunde der Charité ist über die Telefonnummer 030 450517095 erreichbar.**  
suchtberatung@charite.de

▶ **Auskünfte zur Modularen Suchttherapie erteilt Ulrike Westphal von der Deutschen Rentenversicherung Bund,**  
Tel.: 0511 8293374.

Quelle: **Der Tagesspiegel, 19. November 2006,**  
<http://www.tagesspiegel.de/sonderthemen/archiv/19.11.2006/2897108.asp>

## „Suchthilfe direkt“ startet neue Projekte in Essen

**Essen** ▪ Die Essener Einrichtung „Suchthilfe direkt“ hat eine Hepatitis-Impfkampagne für drogenabhängige Männer und Frauen gestartet. Parallel dazu wurde eine Aufklärungsinitiative über die Gefährdungen durch eine Infektion mit den verschiedenen Hepatitis-Typen initiiert. Die Impfungen werden in Kooperation und mit Unterstützung des Arztmobils der Gesellschaft für soziale Dienstleistungen Essen sowie der Freibetten-Stiftung durchgeführt. Ziel des Pilotprojektes ist es, bei den Süchtigen den Informations- und Wissensstand zu übertragbaren Krankheiten zu verbessern und sie durch die Maßnahme besser in das Suchthilfe-System zu integrieren.

Des Weiteren hat die Essener Einrichtung inzwischen die Intensivwohngruppe „StepOut“ für zwölf suchtkranke Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren eröffnet. Die Bewohner der Gruppe sollen in der neuen Umgebung den Einstieg in ein suchtfreies Leben schaffen.

▶ **Fragen zu der Impfkampagne von „Suchthilfe direkt“ beantwortet Herr Langer, Hoffnungstrasse 24, 45127 Essen,**  
Tel.: 0201 8603-112  
langer@suchthilfe-direkt.de

▶ **Bei Fragen zu der Wohngruppe „StepOut“ wenden Sie sich an Birgit Pannenbecker, Tel.: 0201 8603-0**  
pannenbecker@suchthilfe-direkt.de

## Kiel hat Hilfeleitfaden, aber noch nichts umgesetzt

**Kiel** ▪ In der Folge der Affäre um den Tod eines zweijährigen Jungen in Bremen, der in einer suchtbelasteten Familie mit einem gewalttätigen Vater lebte und nur mangelhaft durch das Jugendamt betreut wurde, hat die Verfasserin eines Hilfeleitfadens für die Stadt Kiel in einem Zeitungsinterview bemängelt, dass von ihren Empfehlungen bislang noch nichts umgesetzt worden sei. In den Handlungsempfehlungen, die von Juleka Schulte-Ostermann als Ergebnis eines einjährigen Projektes der Fachambulanz Kiel im November vorigen Jahres veröffentlicht worden sind, wird unter anderem die mehrjährige intensive Betreuung von suchtbelasteten Familien mit kleinen Kindern durch so genannte „Familienhebammen“ angeregt. Die klassische Familienhilfe, die nur für einige Monate bewilligt wird, sei nicht ausreichend.

📌 Sie können sich das Buch „Hilfeleitfaden für die Landeshauptstadt Kiel: HiKiDra - Hilfen für Kinder Drogenabhängiger“ als PDF-Dokument von der folgenden Internetseite herunterladen oder gedruckte Exemplare anfordern:  
[http://www.fachambulanz-kiel.de/fachambulanz\\_kiel/projekte.html](http://www.fachambulanz-kiel.de/fachambulanz_kiel/projekte.html)

Quelle: taz, 17. Oktober 2006, <http://www.taz.de/pt/2006/10/17/a0254.1/text>

## Landesstelle erwartet Zunahme des Alkoholkonsums

**Frankfurt/Main** ▪ Die auch in Hessen geplante Freigabe der Ladenöffnungszeiten an allen Tagen außer sonntags werde mittelbar zu einer Zunahme des Alkoholkonsums führen. Diese Position vertritt die Hessische Landesstelle für Suchtfragen in einer Stellungnahme zu diversen Gesetzesentwürfen hessischer Landtagsparteien. Durch die verlängerten Ladenöffnungszeiten gebe es zwischen 20 Uhr abends und 6 Uhr morgens mehr Möglichkeiten, Alkohol zu kaufen, wird die Einschätzung der Konsumententwicklung begründet. Weil es mehr Alkohol-Verkaufsstellen geben werde, würden auch die Preise sinken, erwartet die Einrichtung mit Sitz in Frankfurt/Main. Außer Bayern haben alle deutschen Bundesländer in den vergangenen Wochen erweiterte Ladenschlussregelungen beschlossen, die teilweise bereits ab der Weihnachtszeit greifen.

📌 Sie finden die Stellungnahme der Hessischen Landesstelle für Suchtfragen als PDF-Dokument im Internet auf dieser Seite:  
[http://www.hls-online.org/download/Stellungnahme\\_Ladenoeffnung.pdf](http://www.hls-online.org/download/Stellungnahme_Ladenoeffnung.pdf)

### 65 Prozent der jungen Raucher würden gern leicht aufhören

**Romanshorn** ▪ Dass Jugendliche immer häufiger zu Zigaretten greifen, ist auch ein in der Schweiz beobachtetes Phänomen. Die Studie „wannabe smokefree“, die die drei „perspektive“-Fachstellen des Kantons Thurgau in Auftrag gegeben haben, ergab allerdings, dass 65 Prozent der rauchenden 14- bis 20-Jährigen gern mit dem Rauchen aufhören würden. 90 Prozent der jungen Raucher knüpfen dies allerdings an den Vorbehalt, dass sie dafür möglichst wenig Zeit und Geld investieren müssen. 1 758 Heranwachsende waren befragt worden.

Interessanterweise sehen die Jugendlichen selbst mehr Repression als wichtiges Erfolgsmerkmal von Anti-Rauchen-Projekten an. Vor allem meinten sie damit den erschwerten Zugang zu Tabak und Zigaretten. Die Thurgauer Fachstellen reagieren derzeit mit dem Projekt „Suchtmittelfreie Schule“ auf die Studien-Ergebnisse. Im Rahmen dieser Maßnahme gibt es Informationsveranstaltungen an Schulen, aber auch Sanktionen. Wird ein Schüler beispielsweise beim Rauchen erwischt, dann werden die Eltern, die Lehrer oder auch die Betriebsleiter informiert und der Erwischte muss möglicherweise ein Referat über die Gefahren des Rauchens halten. Die „perspektive“-Fachstellen fordern des Weiteren, auch über ein Rauchverbot für Lehrerinnen und Lehrer nachzudenken.

◀ **Die Homepage der Thurgauer Perspektive-Fachstellen finden Sie hier:**  
<http://www.perspektive-tg.ch/>

**Quelle:** Tagblatt, 20. Oktober 2006,  
[http://www.tagblatt.ch/index.php?artikelxml=jsp&artikel\\_id=1249745&ressort=tagblattheute/thurgau](http://www.tagblatt.ch/index.php?artikelxml=jsp&artikel_id=1249745&ressort=tagblattheute/thurgau)

### Frankreich treibt Raucher auf die Straße

**Paris** ▪ Frankreichs Raucherinnen und Raucher werden demnächst nur noch in den eigenen vier Wänden und auf der Straße rauchen können, ohne Angst vor Ärger mit der Obrigkeit haben zu müssen. Das sieht ein Gesetzesentwurf vor, der das Rauchen in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Universitäten, Bahnhöfen und auch in Büros verbieten will. Zuwiderhandlungen gegen die Regelung, die ab dem 1. Februar 2007 gelten soll, werden mit 75 Euro bestraft. Auch die Institutionen selbst, die das Rauchverbot nicht konsequent durchsetzen, können bestraft werden: mit 150 Euro. Gültigkeit hat das Gesetz ab dem 1. Januar 2008 auch für Hotels, Gaststätten und die Bars, in denen in Frankreich Tabakwaren verkauft werden.

**Quelle:** tagesschau.de, 8. Oktober 2006,  
[http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,,OID5985946\\_REF1,00.html](http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,,OID5985946_REF1,00.html)

## Erste Klinik für alkoholranke Jugendliche in den Niederlanden

**Delft** ▪ Im Dezember soll in Delft die erste niederländische Suchthilfeklinik nur für alkoholranke Jugendliche eröffnet werden. Der Krankenhaus-Bau ist eine Reaktion auf eine europaweite Schulstudie aus dem Jahr 2004, die zeigte, dass die niederländischen 15- und 16-Jährigen beim Alkoholkonsum an der Spitze liegen. Verglichen worden war die Konsumrate junger Menschen dieser Altersklasse in 35 Ländern. In der Klinik soll auch Ursachenforschung zum jugendlichen Alkoholkonsum betrieben werden.

**Quelle:** **Ärztezeitung, 20. Oktober 2006,**  
<http://www.aerztezeitung.de/docs/2006/10/11/181a0403.asp?cat=/medizin/alkohol>

## Tagung in Osnabrück beleuchtet Ursachen von Essstörungen

**Osnabrück** ▪ Um Hintergründe, Strategien und Konzepte bei Essstörungen geht es bei einer Tagung der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen und der Agentur für Erwachsenenbildung des Bundeslandes am Donnerstag, 14. Dezember, ab 14 Uhr in Osnabrück. Tagungsort ist das Caritas-Gebäude, Johannisstraße 91. Die Veranstaltung findet vor dem Hintergrund statt, dass die Zahl der wegen Essstörungen behandelten Menschen in den vergangenen Jahren rapide zugenommen hat. In Deutschland gibt es Schätzungen zufolge 600 000 Menschen mit Bulimie und 100 000 mit Magersucht. 85 Prozent der Behandelten sind Frauen. Bereits Zehnjährige haben oft schon Erfahrungen mit Diäten, die sie mit dem Wunsch nach besserem Aussehen und einer dünneren Figur in Angriff genommen haben. Fachleute sehen darin ein großes Risikopotenzial für die Entwicklung von essgestörtem Verhalten.

Bei der Tagung in Osnabrück werden zwei Projekte vorgestellt. Zum einen geht es um ein Essstörungsprojekt als Teil der Gesundheitserziehung an Schulen, zum anderen um die Qualifizierung zu Moderatorinnen oder Moderatoren für angeleitete Gruppen für Essgestörte. Einleitend wird Dr. Kathrin Beyer vom Service-Center Beratung Hannover die Teilnehmenden über Auslöser und Hintergründe von Essstörungen aus systemischer Sicht informieren.

▼ **Beachten Sie auch den folgenden Artikel in diesem KS-Newsletter:**

Arbeitskreis der Stadt Münster organisiert Sucht-Fortbildung

▼ **Anmeldungen für die Tagung „Essstörungen. Hintergründe, Strategien, Konzepte“ richten Sie bitte an die Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V., Fenskeweg 2, 30165 Hannover, Tel.: 0511 3500052, Fax: 0511 3505595**

<http://www.gesundheit-nds.de>

## Ansätze zur Arbeit mit Kindern aus alkoholbelasteten Familien

**Freiburg** ▪ Welche Ansätze können Praktikerinnen und Praktiker der Jugendhilfe verfolgen, wenn sie es mit Kindern aus Familien zu tun haben, in denen ein Elternteil alkoholkrank ist? Dieser Frage gehen Klaus Hinze und Annemarie Jost in ihrem Sammelband „Kindeswohl in alkoholbelasteten Familien als Aufgabe der Jugendhilfe“ nach, das die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen als Buch des Monats Oktober vorgestellt hat. Aus Sicht der Jugendhilfe wird Zahlenmaterial aufbereitet, und es gibt Handreichungen und Empfehlungen für die praktische Arbeit. Für die Suchthilfe dürften die Passagen besonders interessant sein, in denen es um die Kooperation zwischen Sucht- und Jugendhilfe geht.

**Hinze, Klaus u. Annemarie Jost (Hrsg.): Kindeswohl in alkoholbelasteten Familien als Aufgabe der Jugendhilfe. Freiburg 2006: Lambertus Verlag, 222 Seiten, 18 Euro**

## Anregungen für interkulturelle Öffnung der Suchthilfe

**Geesthacht** ▪ „Sucht, Migration, Hilfe“ ist der Titel eines Manuals, das der Fachverband Drogen und Rauschmittel (fdr) gemeinsam mit dem Awo-Bundesverband herausgegeben hat. Die Autoren Wolfgang Barth und Dietmar Czycholl bereiten darin Basisinformationen einer Werkstattreihe auf. Ziel ist es, die Lesenden für den Zusammenhang von Migration und Sucht zu sensibilisieren, Qualitäts- und Kompetenzentwicklung in Prävention, Beratung und Therapie zu fördern und Prozesse der interkulturellen Öffnung anzuregen. Gefördert wurde das Buch durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

➤ **Nähere Angaben zu dem Manual entnehmen Sie bitte der Internetseite des Neuland-Verlages.**  
<http://www.neuland.com/index.php?s=buc&s2=tit&bnr=000248>

Arbeiterwohlfahrt (Awo), Fachverband Drogen u. Rauschmittel e. V. (fdr) (Hrsg.):  
Sucht, Migration, Hilfe. Vorschläge zur interkulturellen Öffnung der Suchthilfe und  
zur Kooperation von Migrationsdiensten und Suchthilfe. Ein Manual. Geesthacht  
2006: Neuland, 174 Seiten, 29,90 Euro, Bestellnr. 000248

## Alle Leitlinien in einem Buch

**Köln** ▪ Sämtliche relevanten Leitlinien für den Bereich der Abhängigkeitserkrankungen werden in der Neuerscheinung „Evidenzbasierte Suchtmedizin“ zusammengefasst, die jetzt im Deutschen Ärzteverlag erschienen ist. Dazu gehören auch die kürzlich fertiggestellten Leitlinien der Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften zur Postakutbehandlung von Alkoholabhängigkeit. Das von Lutz G. Schmidt und anderen herausgegebene Werk nimmt für sich in Anspruch, den aktuellen Stand zu Behandlung und Diagnostik von substanzbezogenen Störungen zu liefern.

➤ **Details zu der Veröffentlichung finden Sie auf einer Informationsseite des Deutschen Ärzteverlages.**  
<http://www.aerzteverlag.de/buecher/buch.asp?id=2037>

Schmidt, Lutz G. et. al. (Hrsg.): Evidenzbasierte Suchtmedizin.  
Behandlungsleitlinie Substanzbezogene Störungen. Köln 2006: Deutscher Ärzte-  
Verlag, 314 Seiten, ISBN 3-7691-0520-6, 39,95 Euro

## Internetseite sammelt Medienberichte zur Rauchen-Diskussion

**Neu-Isenburg** ▪ Wer sich für die Medienberichterstattung der vergangenen Monate rund um das Thema Rauchen interessiert, sollte einen Blick auf eine Portalseite der Internet-Ausgabe der Ärztezeitung werfen. Dort werden online verfügbare Zeitungs- und Zeitschriftenartikel gesammelt, die sich um das diskutierte Rauchverbot und um die gesundheitlichen Auswirkungen von Rauchen und Passivrauchen drehen.

➤ **Sie finden das Angebot der Ärztezeitung unter dieser Adresse:**  
<http://www.aerztezeitung.de/medizin/rauchen/>

## Präventions-Leitfaden für Lehrlings-Ausbilder

**Bregenz** ▪ Dem Thema „Drogenkonsum während der Lehrzeit“ widmet sich eine Broschüre, die die Arbeiterkammer Vorarlberg jüngst herausgegeben hat. Der 65-seitige Leitfaden richtet sich an Ausbilderinnen und Ausbilder von Lehrlingen und soll diese dafür sensibilisieren, mögliche Sucht- und Drogenproblematiken ihrer Schützlinge zu erkennen und angemessen darauf zu reagieren.

Der Leitfaden „Drogenkonsum während der Lehrzeit“ steht auf den Internetseiten der Arbeiterkammer Vorarlberg als PDF-Dokument zum Herunterladen zur Verfügung.  
<http://vbg.arbeiterkammer.at/www-792-IP-31600-AD-31599.html>

Quelle: Vorarlberg Online, 16. November 2006,  
<http://www.vol.at/vorarlberg/article/news-20061116-12091394>

---

## Impressum

Der KS-Newsletter wird herausgegeben von:

Landschaftsverband Westfalen-Lippe  
Dezernat 50  
LWL-Koordinationsstelle Sucht  
Leitung: Wolfgang Rometsch  
Warendorfer Str. 27  
48133 Münster  
Tel. 0251/591-3267  
Fax: 0251 591-5499  
E-Mail: [kswl@lwl.org](mailto:kswl@lwl.org)  
Redaktion: Hartmuth Elsner (verantwortlich)  
Anschrift wie oben  
Ulrich Klose  
Jörg Körner

**Haftungshinweis:** Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.